

21. Oktober 2003



## „Falsche gesellschaftliche Weichenstellung“

### **Streichung der Anrechnung von Ausbildungszeiten bei Rente entwertet Bildung**

Frankfurt am Main - Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat die geplante Streichung der Anrechnung von Ausbildungszeiten bei der Rente heftig kritisiert. „Mit diesem Beschluss setzt die Bundesregierung das falsche politische Signal und stellt gesellschaftliche Weichen falsch“, erklärte GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange am Dienstag in Frankfurt a.M. „Die Streichung der Ausbildungszeiten als Rentenanwartschaften bestraft Bildungsbereitschaft. Das Gegenteil wäre richtig: Wir müssen mehr Anreize für die Menschen schaffen, sich in jungen Jahren gut auszubilden und stetig weiter zu qualifizieren, um auch später mit neuen Anforderungen im Erwerbsleben durch hochwertige Weiterbildung Schritt zu halten.“

Die jüngste OECD-Studie habe deutlich gemacht, dass in Deutschland zu wenig Akademiker ausgebildet werden. Der niedrige Qualifizierungsstand ist laut OECD für die aktuellen wirtschaftlichen Probleme in der Bundesrepublik mit verantwortlich. „Gestrichene Anrechnungszeiten, Studien- und Einschreibegebühren schrecken insbesondere Kinder aus sozial schwächeren Familien ab, ein Studium aufzunehmen. Das Potenzial für eine höhere Akademikerquote kann aber in erster Linie nur aus diesen Schichten kommen“, sagte Stange. Einem Universitätsabsolventen, der drei Jahre die Oberstufe bis zum Abitur besucht und danach ein vierjähriges Studium abgeschlossen hat, fehlten künftig sieben Jahre für die Rente. Jede weitere Qualifizierung - anstelle von Erwerbstätigkeit - führe zur weiteren Kürzung der Rente.

Stange wies ausdrücklich darauf hin, dass die Kürzung nicht nur die Akademiker treffe. „Allen jungen Menschen, die nach Abschluss der 10. Klasse keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen, wird z.B. die vollzeitschulische Ausbildung nicht mehr angerechnet. Das ist ein politischer Skandal ersten Ranges“, unterstrich die GEW-Chefin.

Mit der geplanten Maßnahme würden die Rentenkassen noch nicht einmal kurzfristig entlastet, da die Umsetzung erst in den Jahren 2005 stufenweise bis 2008 geplant ist und nur die Neurentner trifft. Diese erhielten real eine geringere Rente. „Die Streichung ist ein Betrug an allen Menschen mit längeren Ausbildungszeiten“, betonte Stange. Die GEW befürchtet, dass künftig alle akademisch qualifizierten Menschen wegen der fehlenden Beitragsjahre eine gekürzte Rente erhielten. Als unmittelbare Folge drohe die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Akademikerinnen und Akademiker oder im Umkehrschluss eine zusätzliche Kürzung der Rente für alle, die mit 65 Jahren aufhören zu arbeiten.